

# ¡Fijáate!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 772

Mittwoch, 1. Februar 2023

30. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Wie eine friedliche Demonstration einen Erfolg für das Volk der Ch'orti' brachte.....	1
Der Fall der 21 kriminalisierten Gemeindemitglieder in Cobán wird geschlossen.....	3
Ex-Präsident Álvaro Colom Caballeros ist gestorben.....	3
Urteil gegen Ex-Mitarbeiterinnen des Bergbauministeriums wegen Korruption.....	4
Beschwerde gegen Rodas wegen seiner Abfindungszahlungen.....	5

### Wie eine friedliche Demonstration einen Erfolg für das Volk der Ch'orti' brachte

**Jocotan, 25. Januar** - Männer und Frauen aus den Gemeinden, die am 18. Januar zu einer Protestaktion mobilisiert wurden, haben dem Bauunternehmen Grupo Internacional de Proyectos, Sociedad Anónima S.A. abgerungen, die Instandsetzung der 18 Kilometer langen Strasse CA-11 vom Dorf Vado Hondo nach Jocotán wieder aufzunehmen. Am vergangenen Mittwoch ab 6.30 Uhr wurde die Passage bei Kilometer 195 der Interamerikanischen Route blockiert. Die Aktion dauerte zunächst einige Minuten, als Angehörige der Nationalen Zivilpolizei (PNC) die Demonstration auflösten – mit dem Hinweis darauf, dass der freie Personen- und Fahrzeugverkehr behindert wurde. Von diesem Moment an schlossen sich weitere Nachbarn der Mobilisierung an und schlossen den Pass wieder mit Steinen, Reifen und Holzstücken, diesmal für 35 Stunden. An der Stelle war ein Transparent sichtbar, auf dem stand, dass die Nachbarn der Region Ch'orti' eine gut befahrbare Strasse forderten. Bald erschienen Vertreter\*innen der Baufirma, mit denen einer der Führer\*innen der Gemeinden versucht, die Rückkehr der Maschinen zu verhandeln, um die ausstehenden Arbeiten durchzuführen und die Baufirma verpflichten, die Arbeiten in einer angemessenen Zeit zu beenden.

Einer der Protagonist\*innen des Protesttages war der Lehrer Roberto Morales, ein Bewohner von Jocotán, der während der Dauer des Protestes Erklärungen an die Medien gab, die Demonstrierenden organisierte und mit Vertreter\*innen des Unternehmens sprach. Im Folgenden haben wir das Gespräch mit Roberto Morales transkribiert:

#### **Prensa Comunitaria (PC): Wie kann man der Bevölkerung klarmachen, dass Proteste ein Menschenrecht und eine politische Notwendigkeit sind?**

**Roberto Morales (RM):** Wir verstehen, dass es die eine Sache ist, dass wir nicht von der Legalität abweichen sollten. Wir haben gegen das Recht auf Freizügigkeit verstossen, aber es war an der Zeit, öffentlich zu demonstrieren und nicht zu schweigen, denn anderthalb Monate zogen ins Land und die Maschinen kamen nicht. Deshalb mussten wir Massnahmen ergreifen, und so kamen am ersten Tag der Demonstration die Maschinen an und am Dienstagmorgen kamen weitere. Noch am selben Tag entsandte das Unternehmen seinen gesetzlichen Vertreter, um mit den Nachbarn vor Ort zu sprechen, damit die Strassenbauarbeiten fortgesetzt und das Projekt abgeschlossen werden.

Was uns von heute an bleibt, ist zu überprüfen, ob das Personal ihre Arbeit erledigt, damit wir bald sagen können: Meine Herren vom Bauunternehmen, noch kämpfen wir, aber eines Tages stehen wir still, und trotz der Unannehmlichkeiten, die wir Ihnen bereiten, hätten wir diese Errungenschaften ohne unseren Kampf nicht erreicht.

#### **PC: Warum waren keine staatlichen Autoritäten vor Ort?**

**RM:** In der Gemeinde Quezaltepeque gab es wegen der Verschmutzung des Rio Grande ebenfalls Demonstrationen, und zwar am 17. Januar. Dort kam der Gouverneur Ferlandy Cáceres zu den Demonstrierenden. Aber in unserem Fall hatte er nicht die Möglichkeit hierher zu kommen. Allerdings wurde er von uns nie direkt angegriffen. Was wir wollten, waren Antworten, um beide Seiten der Medaille zu kennen: Die Firma ist verantwortlich für die Ausführung, aber die Regierung ist verantwortlich für die Zahlung. Also, wir wissen nicht, wie sie damit umgehen, niemand hat uns erklärt, wie

viel Prozent sie verlangen, ob 100 Prozent oder 50 oder 60 Prozent. Wir wissen nur, dass der Baufortschritt bei 73% liegt, aber wir wissen nicht, wie viel sie der Firma gezahlt haben und ob eine zu geringe Zahlung der Grund dafür war, dass die Arbeit gestoppt wurde.

Die Abgeordneten von Chiquimula hatten nicht die Zeit zu kommen, um sich um die Bedürfnisse des Volkes zu kümmern, das sie gewählt hatte. Dann machen wir ihnen bewusst, dass es der Kampf des Volkes ist und sie zwar unsere Vertreter\*innen sind, aber nicht für uns eintreten. In drei weiteren Monaten werden wir sie hier [*beim Wahlkampf, d.Red.*] stehen und um Stimmen bitten sehen, aber wenn wir sie brauchen, sehen wir sie nicht.

**PC: Wie entschieden Sie sich zu organisieren, um die Instandhaltung der Strasse zu fordern?**

RM: Es ist ein Verdienst der Freund\*innen, die sich organisiert haben. Ich bin ganz ehrlich zu Ihnen, ich werde mich nicht mit fremden Federn schmücken: Ich bin der Demonstration beigetreten, ich habe sie nicht organisiert. Einer der Gründe, warum ich Sprecher wurde, war, weil ich gerne lese. Ich begann, die Dokumente des Bauauftrags zu lesen, der an die Firma vergeben wurde, um genau zu wissen, was wir verlangten konnten, um nicht um Dinge zu bitten, die nicht im Vertrag standen. Ich las und bekam die Möglichkeit, Sprecher meines Volkes und der Gruppe zu sein, die demonstrierte, aber – wie gesagt – organisiert habe ich sie nicht.

Ich verteidige nur die Rechte der Menschen, meine Rechte, weil auch meine Autos [*durch die Schlaglöcher, vermutet die Red.*] beschädigt werden. Ich verteidige die Rechte meiner Kinder auf körperliche Unversehrtheit, weil ich fürchte, dass sie einen Unfall haben können, wenn sie auf dieser Strasse fahren. Ich verteidige alle Familien in Jocoteca, Camoteca, San Juan, in der ganzen Region der Ch'orti', damit sie alle eine gut befahrbare Strasse haben, denn dafür bezahlen wir die KFZ-Karte. Das ist mein einziges Ziel als Bürger.

**PC: Wie werden die erzielten Vereinbarungen weiterverfolgt?**

RM: Wir bestehen darauf und hoffen auf Gott, dass die Behörden sich anschliessen können. Momentan sind sie noch etwas entfernt davon, sich der Position der Bewohner\*innen anzunähern und Druck auf das Unternehmen auszuüben – dabei hätten sie die Macht dazu.

**PC: Kann die erreichte Leistung als Vorbild für die Gemeinschaftsorganisationen und andere Völker an verschiedenen Orten des Landes dienen?**

RM: Ja, natürlich, der Erfolg solcher Aktivitäten ist, dass wir zusammenhalten, dass die Menschen für eine gerechte Sache kämpfen können. Einheit und Kampf sind sehr wichtig und es gibt keine grössere Macht als die Einheit, das Recht zu fordern und dafür, das Gemeinwohl vor das persönliche Wohl zu stellen. [*Denn – z.B. die Red. - kann natürlich fragen:*] Wem nützt es, 35 Stunden zu stehen? In einer Nacht mit sehr niedrigen Temperaturen und an einem Tag mit einer unerträglichen Hitze, um dann unter Schmerzen in den Beinen zu leiden, wofür? Am Ende haben wir nur die Genugtuung, dass wir unser Ziel erreicht haben und dass die Strasse vollständig fertiggestellt und ausgeschildert sein, dass die Tunnel vollendet und die Bremsschwelle in San Juan Ermita errichtet werden wird, um das Leben der Menschen zu schützen. Das ist das Hauptziel.

Den Völkern, die für eine gerechte Sache kämpfen werden, sage ich: Informiert Euch, vereinigt Euch, steht mutig auf und sagt den Menschen, was wir wollen und warum wir es wollen. Weil wir nicht gegen das Recht auf Freizügigkeit verstossen, nur weil uns das irgendwie gefällt, sondern weil wir das Gemeinwohl über das persönliche Wohl stellen.

**Hintergrund: 80 Millionen Quetzales für eine noch nicht fertig gestellte Strasse**

Nach Informationen des Portals Guatecompras wurde die Instandhaltung der 18 Kilometer langen Strasse CA-11, die vom Dorf Vado Hondo in Richtung der Gemeinde Jocotán führt, im Juli 2020 vergeben. In diesem Jahr werden drei Jahre vergangen sein und die Bauarbeiten sind noch immer nicht abgeschlossen.

Die Arbeiten begannen am 10. September 2020 für einen Betrag von 61.750.000 Q [= 7 Mio. €]. Die Bauarbeiten sollten am 10. September 2021 abgeschlossen sein. Dies war jedoch nicht der Fall.

Nachdem die Behörden eine Verlängerung genehmigt hatten, um die Arbeiten am 10. September 2022 zu beenden, änderten sie im selben Jahr die Höhe des Auftragsbetrags auf 74.100.840 Q [= 8,48 Mio. €].

Bei der Vergabe der Bauarbeiten wurde auch ein anderes Unternehmen beauftragt, die Arbeiten zu überwachen und deren Qualität zu gewährleisten. Der Name des Unternehmens ist jedoch unbekannt, und obwohl keine Angaben über die durchgeführten Arbeiten vorliegen, wurden weitere 6 Mio. Q [= 687.000 €] ausgezahlt. Die Gesamtkosten für die Instandsetzung der Strasse und die Überwachung der Arbeiten belaufen sich damit auf 80 Mio. Q [= 9,15 Mio. €].

„Wenn es dem Unternehmen nicht gelingt, die Arbeiten bis zum 31. März abzuschliessen, werden wir weiterhin Massnahmen ergreifen und auf die Strasse gehen, um Druck auszuüben, damit die Arbeiten so schnell wie möglich abgeschlossen werden“, schloss Morales, der Sprecher der Bewohner\*innen der Region Ch'orti'. (Prensa Comunitaria)

## Der Fall der 21 kriminalisierten Gemeindemitglieder in Cobán wird geschlossen

**Cobán, 24. Januar** - Vor der zweiten Kammer des Gerichtshof in Cobán, Alta Verapaz, fand eine mündliche und öffentliche Verhandlung gegen 21 kriminalisierte Gemeindemitglieder aus Chicoyogüito statt, in der der Fall zu ihren Gunsten abgeschlossen wurde, nachdem die Parteien sich auf Gelegenheitskriterien geeinigt hatten. Sie waren am 9. Juni 2021 verhaftet worden, als sie eine Demonstration abhielten, bei der sie die Rückgabe eines Grundstücks forderten, das ihren Grosseltern Ende der 1960er Jahre für den Bau der Militärzone Nr. 21 geraubt worden war. Dort ist heute das Regionalkommando für die Ausbildung von Friedenssicherungseinsätzen (Creompaz) tätig.

Nach der Anhörung der Parteien entschied Richter Walter Chen, dass die kriminalisierten Personen das vom Institut für Strafverteidigung aufgestellte Gelegenheitskriterium einhalten. Mit dem Gelegenheitskriterium ist die Befugnis der Staatsanwaltschaft gemeint, von der Strafverfolgung abzusehen oder, wenn sie bereits eingeleitet wurde, auszusetzen, sofern dies nach guatemaltekischem Recht zulässig ist. Dabei kommen die Parteien überein, dass die Angeklagten, um nicht vor Gericht oder Gefängnis zu gehen, Massnahmen ergreifen müssen, die vor der Gesellschaft die Bezahlung ihrer strafbaren Handlungen darstellen.

Im Falle der Gemeindemitglieder von Chicoyogüito wurde erwogen, Gemeinschaftsarbeit zu leisten, die darin besteht, vier Tage lang [*vermutlich gemeinnützig, d.Red.*] zu arbeiten und ein Kommuniqué zu verfassen, in dem über die Akzeptanz des Opportunitätskriteriums berichtet wird, über die Arbeit, die die 21 Gemeindemitglieder leisten werden, und dass die Unschuldsvermutung der genannten Personen zu keinem Zeitpunkt verletzt wird. Das Zentrum für Rechtliche Aktion für Menschenrechte (CALDH), das die Gemeindemitglieder verteidigt, hat die Möglichkeit einer gerichtlichen Entscheidung zugunsten der Gemeindemitglieder unterstützt, die objektiv und der wirtschaftlichen Situation jedes der Angeklagten entsprechen, wie Jovita Tzul, Anwältin von CALDH, berichtet.

### Keines der Aktivist\*innen wird für schuldig befunden.

Eine der von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagenen Massnahmen bestand darin, dass sich die benannten Personen durch eine Pressekonferenz öffentlich entschuldigen und die Begehung eines schweren Deliktes akzeptieren sollten, doch die Gemeindemitglieder und ihre Anwält\*innen widersetzten sich der öffentlichen Erklärung der Akzeptanz des Verbrechens, da ihre Aktionen zur Verteidigung ihrer Gemeinschaft legitim waren. „Wir haben vorgeschlagen, eine objektive und realistische Erklärung abzugeben und zu keinem Zeitpunkt die Schuld eines der Angeklagten zu akzeptieren. Denn es wurde zu keinem Zeitpunkt die Schuld nachgewiesen. Wir werden keine Verantwortung für eine Straftat anerkennen, aber eine Erklärung abgeben, sie den Klagenden übergeben und sie werden entscheiden, wie sie veröffentlicht werden soll“, berichtete die Anwältin Tzul. (...) (Prensa Comunitaria)

## Ex-Präsident Álvaro Colom Caballeros ist gestorben

**Guatemala, 23. Januar** - An diesem Montag wurde bestätigt, dass Álvaro Colom Caballeros einem Krebsleiden erlegen ist. Colom, 71, war zwischen 2008 und 2012 guatemaltekischer Präsident, als Vertreter der Partei Nationale Einheit der Hoffnung (UNE), deren Gründer er war.

Fernando Barillas, der während seiner Regierungszeit Sprecher des Präsidenten war, äusserte sich in sozialen Netzwerken: „An seiner Seite zu arbeiten und zu lernen war ein Privileg. Durch ihn habe ich Guatemala verstanden und kennengelernt. Ein gerechter Mann, der es wagte, für das Unsichtbare sichtbar zu sein. Eine Ehre, sein Sprecher, sein Schüler und sein Freund gewesen zu sein. Auf Wiedersehen, Präsident Colom“.

Auch Carlos Menocal, der während seiner Amtszeit Innenminister war, schrieb in den sozialen Netzwerken: „Präsident Álvaro Colom ist heute Nacht gestorben. Ich bedauere seinen Tod und bete gemeinsam für seine ewige Ruhe“.

### Familie und Studium

Álvaro Colom wurde am 15. Juni 1951 in Guatemala-Stadt geboren. Er war das vierte der fünf Kinder von Antonio Colom Argueta und Yolanda Caballeros Ferraté. Er war der Neffe von Manuel Colom Argueta, Bürgermeister von Guatemala-Stadt, der 1979 vom Militär ermordet wurde. Álvaro Colom studierte Lehramt der Primar- und Sekundarstufe am Liceo Guatemala. Anschliessend graduierte er als Wirtschaftsingenieur an der Universität San Carlos (USAC).

### Politische Karriere

Zwischen 1991 und 1997 war er unter den Präsidenten Jorge Serrano Elias (1991-93), Ramiro de Carpio (1993-96) und Álvaro Enrique Arzú Irigoyén (1996-2000) stellvertretender Wirtschaftsminister und erster Generaldirektor des Nationalen Friedensfonds (FONAPAZ).

Colom kandidierte erstmals 1999 mit der Alianza Nueva Nación (ANN), einer Mitte-Links-Koalition aus der guatemaltekischen Nationalen Revolutionären Einheit (URNG), der Partei für eine authentischen integralen Entwicklung (DIA) und der überparteilichen politischen Organisation Einheit der Demokratischen Linken (UNID) für das Präsidentenamt. Am 7. November 1999 erreichte Colom zusammen mit dem Vizepräsidentenkandidaten Vitalino Similox, einem evangelischen Pastor aus dem Kakchiquel-Presbyterium von Chimaltenango, 12,3 % der Stimmen und belegte damit den dritten Platz.

Am 30. Oktober 2000 gab Colom seinen Abschied von der ANN bekannt und gründete, unterstützt von einigen Mitgliedern der Gruppe, seine eigene Partei, der den Namen Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) annahm. Für diese Partei kandidierte er für die Präsidentschaft im Wahljahr 2003, wo er den zweiten Platz erreichte, nachdem er am 28. Dezember in der zweiten Runde von Óscar Berger besiegt worden war. Schliesslich wurde er Präsident, nachdem er General Otto Pérez Molina bei den Wahlen im November 2007 besiegt hatte.

Er trat sein Amt als Präsident am 14. Januar 2008 an. Er implementierte die Sozialprogramme: Meine Familie schreitet voran, Offene Schulen, Besser Aufwachsen, Solidaritäts-Schulgelder, Gemeindehäuser, Bürger\*innendienst und das Programm für Sichere Schulen. Damals war er noch mit Sandra Julieta Torres Casanova verheiratet, die 2011 die Scheidung eingereicht hat, um ihre politische Karriere und seine Ambitionen als Präsident fortzusetzen. [*Sie kandidiert bekanntlich für die UNE bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen, d.Red.*].

Am 20. Januar 2012 wurde er als Abgeordneter des Zentralamerikanischen Parlaments (Parlacen) vereidigt.

### **Gefängnis**

Im Zusammenhang mit dem Fall Transurbano wurde er am 13. Februar 2018 festgenommen, da die Staatsanwaltschaft (MP) und die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) ihm und seinem Kabinett Unregelmässigkeiten bei den Verträgen zum Öffentlichen Nahverkehr während seiner Amtszeit vorwarf. Im August 2018 wurde er nach Zahlung eines Betrags von umgerechnet 200.000 US-Dollar aus dem Gefängnis entlassen.

Eine seiner Aussagen zum Ausscheiden aus dem Präsidentenamt lautete: „Ich gehe gut und glücklich und vor allem mit gutem Gewissen“, Álvaro Colom Caballeros, 1951 – 2023 (Prensa Comunitaria)

## **Urteil gegen Ex-Mitarbeiterinnen des Bergbauministeriums wegen Korruption**

**Guatemala, 26. Januar** - An diesem 26. Januar verurteilte das Hochsicherheitsgericht „E“ vier damalige Mitarbeiterinnen des ex-Ministers für Energie und Bergbau (MEM), Erick Archila Dehesa, im Fall „Mechanismen der Korruption im MEM“ wegen ihrer Beteiligung an Geldwäsche in Höhe von mehr als 75 Millionen Q [= 8,50 Mio. €] und 477.000 US-Dollar durch die Unternehmen des Ministers. Den Ermittlungen zufolge haben die vier angeklagten Frauen das Geld über die folgenden Unternehmen von Archila Dehesa gewaschen: Canal Antigua, S.A., Conyers Business, S.A., Publicitas, S.A., Representaciones Televisivas, S.A., Torema, S.A. und Fernsehwerbung, S.A.

Die Richterin Eva Recinos, hat dem Antrag der Verteidigung stattgegeben, die Angeklagten bei Anerkennen ihrer Schuld ein Gerichtsverfahren zu erlassen. Dadurch wurden die Strafen reduziert.

### **Strafen und gerichtliche Begnadigung**

Drei der vier Angeklagten wurden wegen Geldwäsche oder anderer Vermögensdelikte und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu fünf Jahren Freiheitsstrafe und einer Kautions von 5 Q (= 0,57 €) pro Tag verurteilt, um eine bedingte Freilassung zu erhalten.

Im Einzelnen wurde Joyce Patricia García Méndez zu einer Geldstrafe von 96.000 Q [= 11.000 €], Karina Elicira Pérez Gamboa zu einer Geldstrafe von 31.071 Q [= 3.560 €] und Olga Lidia López Hernández zu einer Geldstrafe von 3.333 Q [= 382 €] verurteilt. Allen wurde eine gerichtliche Begnadigung gewährt, sodass sie letztendlich nicht zahlen müssen. Wegen der selben Vergehen wurde die vierte Angeklagte, Silvia Leticia López Hernández zu fünf Jahren Gefängnis und acht Monaten verurteilt, ausgesetzt zur Bewährung auf zwei Jahren bei Zahlung eines Satzes von 5 Q [= 0,57 €] pro Tag. Ausserdem wurde ihr eine Geldstrafe in Höhe von 31.071 Q [= 3.560 €] auferlegt, die sie jedoch aufgrund eines gerichtlichen Erlasses nicht zahlen muss. (...)

### **Die Verfolgung des Falls**

Die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) wies im Dezember 2020 unter der damaligen Leitung von Juan Francisco Sandoval darauf hin, dass Archila Dehesa im Zeitraum zwischen August 2012 und April 2015 illegale Provisionen erhalten habe. Nach Erhalt dieser Geschenke profitierte der damalige Minister aus Verträgen und/oder Verwaltungsbeschlüssen. In der Absicht, den rechtswidrigen Zahlungen den Anschein von Legalität zukommen zu lassen, simulierten die begünstigten Vertragsunternehmen ausserdem laut Anklageschrift „den angeblichen Erwerb von Dienstleistungen von Unternehmen, die Archila Dehesa gehören oder von ihm kontrolliert werden“.

### **Die Funktionsweise des Korruptionssystems**

Über die oben genannten Unternehmen hatte Archila Dehesa demnach nach Erhalt der Schmiergelder zwischen Juli 2013 und August 2016 das illegale Kapital, das durch den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Eigentum erlangt wurde, mit illegalen wirtschaftlichen Ressourcen gewaschen, die von den Betreibern der Organisation verwaltet wurden.

Es gibt zwei weitere Haftbefehle gegen den ehemaligen Minister, der letzte wurde im Dezember 2021 vorgelegt. In beiden Fällen wird auf seine mögliche Beteiligung an Korruptionsfällen hingewiesen. (La Hora)

## Beschwerde gegen Rodas wegen seiner Abfindungszahlungen

**Guatemala, 26. Januar** – Der Ombudsmann für Menschenrechte (PDH) José Alejandro Córdova gab bekannt, dass er eine Beschwerde gegen seinen Vorgänger im Amte, Jordán Rodas, eingereicht habe, weil er nach dessen Ausscheiden aus dem Amt Unregelmässigkeiten im Verfahren um die Abfindung festgestellt haben will. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft (MP) ging die Anzeige am 6. Januar dort ein, nachdem die interne Prüfung zu dem Schluss gekommen war, dass entsprechenden Ermittlungen eingeleitet werden sollten. Nach Ansicht von Córdova müssten diese Ermittlung entweder durch das Rechnungshof (CGC) erfolgen oder aber durch ein Strafgericht.

Rodas reagierte in einem Video auf Twitter auf die Anschuldigung mit der Bemerkung, dass Córdova wohl aus seiner Lethargie aufgewacht sei und nun auf perverse Weise vom Strafrecht Gebrauch gemacht habe, nachdem er angekündigt hat, für die Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP) als Kandidat für die Vizepräsidentschaft anzutreten.

La Hora hat verschiedene Analysten befragt, um herauszufinden, ob die Beschwerde gegen Rodas angemessen ist und ob sie auf andere ehemalige Beamte anwendbar wäre, die ebenfalls Abfindungszahlungen erhalten haben.

### **Luis Fernández Molina: Kein Grund zur (Straf-)Verfolgung**

Der Analyst Luis Fernández Molina wies darauf hin, dass die Zahlung von Abfindungen für alle Beamt\*innen allgemein üblich und legal seit. "Vielleicht ist es nicht ethisch, aber es ist legal", sagte er. „Es ist ein Recht, das ihnen zur Verfügung steht, und aus praktischer Sicht wäre es dumm, wenn sie es nicht akzeptieren würden. Wir könnten natürlich diskutieren, ob es angemessen ist oder nicht, aber in der Praxis ist es rechtlich in Ordnung“, sagte er.

Die Beschwerde gegen Rodas sei natürlich rechtlich möglich. Molina wies darauf hin, dass man sich bei der Frage von Abfindungen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts befinde, also von Arbeitsrichter\*innen entschieden werden müssten.(...) Er betonte, dass der PDH andere Aufgaben habe [*als sich um Abfindungsfragen zu kümmern, d.Red.*]. Zwar sei er verpflichtet, Verstösse zu melden, aber es hätte einen Weg gegeben, der stärker arbeitsrechtlich orientiert gewesen wäre. Darüber hinaus versicherte der Analyst, dass Ranulfo Rojas, derzeit Richter am Obersten Wahlgericht (TSE), bei seinem Ausscheiden aus dem Obersten Gerichtshof (CSJ) eine Abfindung gezahlt wurde, ebenso wie Néstor Vásquez, der derzeit Richter am Verfassungsgericht ist (CC). Gleiches gilt für Roberto Molina Barreto in der vorangegangenen Periode des CC, der sagte, dass „sie ihn höchstwahrscheinlich bezahlt haben“ (s.u.).

„Es sind Zahlungen, die aus rechtlicher Sicht bereits institutionalisiert sind, die aus ethischer Sicht Fragen aufwerfen, die vertieft werden müssen, aber aus rechtlicher Sicht sind sie legal“, fasste Molina seine Analyse zusammen.

### **Oswaldo Samayoa: Abfindungen sind normal bei der Ausübung eines öffentlichen Amtes**

Der Universitätsprofessor und Anwalt Oswaldo Samayoa erklärte, dass mehr Hintergründe der Beschwerde benötigt würden, um zu dem Fall eine qualifizierte Aussage treffen zu können. Eine solche Verwaltungsangelegenheit aus der PDH dürfte die Staatsanwaltschaft beschäftigen, solange es Anhaltspunkte für ein Verbrechen gibt. Er versicherte jedoch, dass er aufgrund fehlender Details nicht wisse, ob das Vorgehen angemessen sei.

Im Kontext der Kandidatur von Rodas für das Vizepräsidentenamt besteht nach Ansicht des Juristen der Verdacht, dass diese Beschwerde dessen politische Ambition behindern soll. Daher sollte der jetzige PDH nähere Einzelheiten über den Fall offenlegen, um diesen Verdacht auszuräumen.

Für Samayoa ist es nicht so, dass die Abfindungen der PDH vorgeschrieben sind, sondern dass der Ombudsmann als Inhaber eines staatlichen Amtes mit Verwaltungsapparat, ein Gehalt und eine Abfindung verdient, anders als andere Arbeitnehmer\*innen. (...) „Aber wir können feststellen, dass es bei der Ausübung eines Amtes – sei deren Amtsinhaber gewählt, ernannt oder durch eine Kommission bestellt – zur Tradition unseres Landes gehört, dass eine Abfindungszahlung erfolgt. Damit ist gewährleistet, dass er sich nicht selbst bezahlt, sondern die Institution die Personen, der sie eine Position zugewiesen hat, für die Arbeit bezahlt, die diese geleistet hat“, schloss er.

### **Renzo Rosal sagt, dass die Beschwerde politisch motiviert ist**

Der Politologe Renzo Rosal behauptete in Bezug auf das Thema, dass Córdovas Aktion eine sehr politische Ausrichtung habe. Die Motivation liege darin – unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Vorwürfe - einen Diskurs zu begründen, um die Kandidatur von Rodas zusammen mit Thelma Cabrera undurchführbar zu machen. Dementsprechend, so der Analyst, werden sich weitere Anschuldigungen auf der gleichen Linie ansammeln, um zu rechtfertigen, Rodas aus dem Wahlkampf auszuschliessen, so dass das Vorgehen von Córdova „politisch motiviert“ sei.

Er versicherte zugleich, dass diese Beschwerde Fortschritte für andere Beamt\*innen bringen könnte [*dass auch sie Abfindungen bekommen?, fragt d.Red.*], bekräftigte jedoch erneut, dass das zentrale Ziel darin bestehe, den Kandidaten für das Vizepräsidentenamt zu disqualifizieren, was bereits von dem Moment an angedeutet worden sei, als die Partei beschloss, ihn zu nominieren. „Ich denke, dass die Partei sich bewusst sein muss, dass die Scheinwerfer so auf ihn gerichtet sein werden, dass die Kandidatur erfolglos sein wird“, kommentierte er.

Laut Rosal könnten auch andere ehemalige Beamt\*innen denunziert werden, die eine Abfindung erhalten haben. Das aktuell primäre Ziel besteht darin, mit diesem Fall zu starten. Für Rosal ist das ein zu rechtfertigendes Vorgehen.

Absicht sei, Rodas als nicht geeignet sei als Kandidat, da gegen ihn eine Strafanzeige laufe. „Vielleicht hat Rodas andere offene Akten in der Staatsanwaltschaft, Beschwerden über Unregelmässigkeiten im CGC, usw. Dieses Kampagne ge-

gen Jordán Rodas wird sich in den nächsten Tagen weiter bewegen. Deshalb glaube ich, dass er ein Auskunftsersuchen gestellt hat, wo er fragt: 'Nun, welche Beschwerden gibt es gegen mich?'

### **Abfindungszahlung provozierte eine Diskussion im Kongress**

Bevor Rodas sein Amt als Ombudsmann für Menschenrechte niederlegte, wurde er von der Menschenrechtskommission des Kongresses vorgeladen, in der der Abgeordnete der Unionistischen Partei, Álvaro Arzú Escobar, den Finanzdirektor, Henry Buldemaro Momotic Pisquiy, über die Höhe befragte, in der Rodas abgefunden werden würde. Der sagte, dass es sich um 534.601 Q [= 61.230 €] handeln würde.

"Herr Anwalt, Sie hatten sieben Tage Zeit, um über die Möglichkeit nachzudenken, eine Entschädigung zu verlangen, ich frage Sie noch einmal, werden Sie sie verlangen?", fragte Arzú Escobar damals Rodas.

Der damalige Ombudsmann antwortete: „Ich denke ernsthaft darüber nach. Der vorherige Ombudsmann hat ihn bekommen. Und wenn ich sehe, dass mein Klempner aus der Hauptstadt 400.000 Q [= 45.813 €] im Monat verdient, denke ich über die Möglichkeit nach. Ich bin mir nicht sicher, aber bitte hören Sie auf zu insistieren!"

### **Das sind andere ehemalige Ombudsmänner, die eine Abfindung erhalten haben**

Im September 2016 veröffentlichte La Hora den Bericht „Mindestens 95,4 Millionen Q [= 10,9 Mio. €] an Entschädigung von OJ, CC, PDH, PGN und CNEE“. Laut der 'Einheit für den Zugang zu Informationen' hat der frühere PDH, Sergio Fernando Morales Alvarado als Abfindung einen Betrag von 1.068.187,50 Q [= 122.343 €] erhalten. Dies teilte sich auf die Zeit seiner ersten Amtszeit vom 21. August 2002 und 20. August 2007 (544.510,42 Q [= 62.364 €]) und für seine zweite Amtszeit vom 21. August 2007 bis zum 20. August 2012 (523.677,08 Q [= 60.000 €]) auf.

Der frühere Ombudsmann Julio Arango Escobar erhielt 302.625 Q [= 34.660 €] für die Zeit, in der er von 1997 bis 2022 im PDH-Büro arbeitete.

La Hora befragte die Öffentlichkeitsabteilung der PDH, um diese Beträge zu verifizieren, worauf diese antwortete, dass es aufgrund der Zeit schwierig sei, diese Informationen zu bestätigen. Man werde das nachprüfen.

### **Was andere Funktionäre, die abgefunden wurden, in der Vergangenheit so erhielten**

Aus dem oben genannten Bericht geht auch hervor, dass Mitarbeitende aus fünf staatliche Institutionen zwischen 2009 und 2015 95.470.857,98 Q [= 10.934.468 €] als allgemeine Abfindung nach dem Ausscheiden aus ihren Ämtern erhielten, z.B. die Richter des Verfassungsgerichts (CC). Damals erhielten Gloria Patricia Porras Escobar 581.533,40 Q [= 66.604 €], Mauro Roderico Chacón Corado und Alejandro Baltazar Maldonado Aguirre jeweils 396.286,15 Q [= 45.387 €] und Héctor Hugo Pérez Aguilera und Roberto Molina Barreto 484.733,40 Q [= 55.517,50 €].

Die Justizverwaltung (OJ) zahlte 2015 90 Millionen Q [= 10,308 Mio. €] als Entschädigung an dreizehn Richter des Obersten Gerichtshofs (CSJ) und des Berufungsgerichts aus, für die das genannte Gremium eine Budgeterhöhung beantragen musste. In ähnlicher Weise hat das Büro des Generalstaatsanwalts der Nation (PGN) 157.538,98 Q [= 18.043 €] verwendet, um die ehemaligen Anwälte Guillermo Antonio Porras Ovalle, Larry Mark Robles Guibert und Vladimir Os-mán Aguilar Guerra abzufinden.

Für den ehemaligen Präsidenten der Nationalen Elektrizitäts- und Energie-Kommission (CNEE), Carlos Colom Bickford, Carmen Urizar Hernández, sowie die ehemaligen Direktoren César Augusto Fernández Fernández und Enrique Moller Hernández musste das Unternehmen 1.563.861,35 Q [= 179.112 €] aufwenden. (La Hora)

*[Anmerkung der Redaktion: Zur Einordnung der Beträge: Der Mindestlohn 2023 liegt laut Arbeitsministerium zwischen 36.744 und 40,992 Q pro Jahr [zwischen 4.208 und 4.695 €]. Dass Staatsbedienstete mehr verdienen, dürfte klar sein.]*

#### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

#### **Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

12.

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

#### **Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)**

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

#### **Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6